



öffentlich

Fachbereich	Dezernent(in) / Geschäftsführer	Datum
23	StK Stüdemann	26.11.2010
40	StR'in Bonekamp	
65	StR Steitz i.V.	

verantwortlich	Telefon	Dringlichkeit
Beate Reder	26382	
Norbert Sack	24696	
Siegfried Flenner	22263	

Beratungsfolge	Beratungstermine	Zuständigkeit
Ausschuss für Finanzen, Beteiligungen und Liegenschaften	02.12.2010	Empfehlung
Ausschuss für Umwelt, Stadtgestaltung, Wohnen und Immobilien	15.12.2010	Empfehlung
Schulausschuss	15.12.2010	Empfehlung
Hauptausschuss und Ältestenrat	16.12.2010	Empfehlung
Rat der Stadt	16.12.2010	Beschluss

### **Tagesordnungspunkt**

Brandschutz an Dortmunder Schulen

### **Beschlussvorschlag**

Der Rat der Stadt Dortmund:

- stimmt der Umsetzung der verbleibenden Brandschutzsanierungen zu und beauftragt die Städtische Immobilienwirtschaft mit dem unverzüglichen Planungsbeginn auf der Grundlage von Brandschutzkonzepten,
- beschließt den Weiterbetrieb der Schulen, bei denen die Brandschutzsanierung noch nicht komplett abgeschlossen ist oder sich in Ausführung befindet, auf Grundlage der Empfehlungen unabhängiger Brandschutzgutachter, bis die in den Brandschutzkonzepten beschriebenen Maßnahmen umgesetzt sind und
- beauftragt die Städtische Immobilienwirtschaft, die Vernetzung von Schulgebäuden als Grundvoraussetzung für die Medienentwicklung in Schulen bei den noch anstehenden Brandschutzmaßnahmen mitzuplanen und auszuführen

### **Finanzielle Auswirkungen**

Siehe Sachverhalt

## **Begründung**

### **1. Ausgangslage**

Nach den Schulbaurichtlinien aus dem Jahr 2000 sind Schulen „von den unteren Bauaufsichtsbehörden alle fünf Jahre wiederkehrend zu prüfen. Dabei ist auch festzustellen, ob die Prüfungen der technischen Anlagen und Einrichtungen fristgerecht durchgeführt und etwaige Mängel beseitigt worden sind. Der für die Brandschau zuständigen Behörde ist Gelegenheit zu geben, an den Prüfungen teilzunehmen. Die Anforderungen der Richtlinien gelten vorrangig für Schulneubauten. Wird bei den wiederkehrenden Prüfungen festgestellt, dass rechtmäßig bestehende Gebäude nicht den Anforderungen dieser Schulbaurichtlinien entsprechen, kann ein Anpassungsverlangen nur auf der Grundlage des § 87 Abs. 1 BauO NRW (Vorliegen einer **konkreten** Gefahr) gefordert werden.“

Durch die ersten Prüfungen in den Jahren 2001 - 2004 wurde die Städtische Immobilienwirtschaft handlungspflichtig. Im Sinne einer Gefährdungsanalyse und Risikobewertung wurden in gemeinsamen Abstimmungsgesprächen unter Beteiligung der Feuerwehr, dem Schulverwaltungsamt, der Bauordnung und der Städtischen Immobilienwirtschaft die Sofortmaßnahmen abgestimmt und anschließend durch die Städtische Immobilienwirtschaft baulich und organisatorisch realisiert. Weitergehende Maßnahmen werden durch Brandschutzsanierungen umgesetzt

Die Stadt Dortmund betreibt insgesamt 172 Schulen. Von diesen 172 Schulen sind im Hinblick auf den vorbeugenden baulichen Brandschutz bereits 131 Schulen saniert worden. Von den verbleibenden 41 Schulen sind:

- 6 Schulen in Ausführung
- 6 Schulen in Planung
- 29 Schulen noch ohne Planung

### **2. Gründe für die Verzögerung**

Die Gründe für die noch nicht umgesetzten Brandschutzsanierungen sind:

- Die Maßnahmen wurden im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel priorisiert und in der Reihenfolge Förderschulen, Grundschulen und weiterführende Schulen abgearbeitet. Das Planungs- und Baumaßnahmenprogramm ist in der dem Rat zuletzt am 25.06.2009 vorgelegten Prioritätenliste (Drucksache-Nr. 14821-09 und 15321-09) enthalten. Bei den weiterführenden Schulen handelt es sich um sehr komplexe Baumaßnahmen.
- Brandschutzsanierungen wurden wegen geplanter Umbauten bzw. Sanierungen zurückgestellt, z. B. bei den Berufskollegs. Vor dem Hintergrund dieser baulichen Maßnahmen war es geplant, die erforderlichen Brandschutzsanierungen sinnvoll in den Umbau bzw. die Sanierung zu integrieren.

### **3. Problemstellung**

In mehreren Gesprächen mit der Feuerwehr und der Bauordnung wurde die Situation erörtert. Die Verantwortung für eine weitere Verzögerung der Brandschutzsanierungen kann von diesen Fachbereichen nicht übernommen werden. Es wurde darauf hingewiesen, dass eine Priorisierung der Maßnahmen aus bauordnungsrechtlicher Sicht nicht mehr vertretbar sei, da im Zuge wiederkehrender Prüfungen tlw. gleiche Mängel vorgefunden wurden, deren Beseitigung bereits gefordert wurde. Bei der Aufzeichnung in den Mängelprotokollen wurde das Vorliegen einer konkreten Gefahr im Einzelfall geprüft. Es seien daher nur solche Maßnahmen gelistet, die zur Beseitigung der konkreten Gefahr erforderlich sind. Insofern sei hier keine rein schematische Orientierung an den Schulbaurichtlinien erfolgt.

Alle fünf Jahre werden die wiederkehrenden Prüfungen durch die Bauordnung und die Feuerwehr durchgeführt. (Die Bauordnung wendet inzwischen die PrüfVO NRW vom 24.11.2009 an. In dieser Verordnung wurden Schulen aufgenommen. Die Schulen sind nach § 10 in Zeitabständen von höchstens 6 Jahren zu prüfen). In den aktuell vorliegenden Protokollen zu diesen erneuten Begehungen werden durch die Bauordnung für die noch nicht durchgeführten Brandschutzmaßnahmen nahezu ausschließlich Sofortmaßnahmen gefordert. Es finden keine Priorisierungen bzw. zeitliche Abstufungen im Hinblick auf die brandschutztechnische Ertüchtigung mehr statt. Sämtliche Objekte werden als gleichwertig dringend bewertet. Die Notwendigkeit zum sofortigen Handeln an sämtlichen Objekten ist durch die Bauordnung und der Feuerwehr angezeigt worden und wird auch durch die Städtische Immobilienwirtschaft gestützt.

Unter den Sofortmaßnahmen befinden sich Maßnahmen, die u. a. die Bildung von Brandabschnitten fordern. Diese Forderung kann jedoch nur durch eine ganzheitliche Brandschutzsanierung erfüllt werden.

Die Bauordnung fordert, die angezeigten Mängel zeitnah abzustellen und die Beseitigung schriftlich zu bestätigen.

Die Verantwortung der Betriebssicherheit eines städtischen Schulgebäudes liegt bei der Städtischen Immobilienwirtschaft und dem Schulverwaltungsamt. Um dieser Verantwortung gerecht zu werden, ist es unerlässlich, dass die angezeigten Mängel schnellstmöglich beseitigt und die notwendigen Brandschutzsanierungen durchgeführt werden.

### **4. Umsetzung der ausstehenden Sanierungen**

Die Städtische Immobilienwirtschaft hat in einem ersten Schritt unabhängige Brandschutzsachverständige beauftragt, für jede noch nicht brandschutzsanierte Schule das notwendige Brandschutzkonzept zu erstellen (Ausnahmen sind die Wilhelm-Busch-Realschule, hier erfolgt die lfd. Brandschutzsanierung ausnahmsweise ohne Brandschutzkonzept, und die abgängigen Gebäude des Robert-Schuman-Berufskollegs, der Abendrealschule und der Hauptschule Derne). Das Brandschutzkonzept ist Basis für die anschließende Entwurfs- und Ausführungsplanung der Brandschutzsanierung. Diese Brandschutzkonzepte liegen inzwischen komplett vor.

Parallel zur Erstellung der Brandschutzkonzepte wurden die Brandschutzsachverständigen darüber hinaus damit beauftragt, eine Gefährdungsanalyse und Risikobewertung für jedes Einzelobjekt vorzunehmen. Die Ergebnisse dieser Betrachtung haben den Hintergrund,

Vorabmaßnahmen zu entwickeln, die zeitlich vor der eigentlichen Brandschutzsanierung der Objekte durchgeführt werden. Sie sollen die aktuelle Situation der Schulgebäude schnellstmöglich verbessern.

Bei den Vorabmaßnahmen handelt es sich im Wesentlichen um:

- den Ausbau und die Ertüchtigung des 1. und 2. Rettungsweges,
- die Installation einer Alarmierung und
- die Umsetzung des organisatorischen Brandschutzes

Dabei werden bei Schulen, deren Standorte perspektivisch aufgegeben werden (z. B. Robert-Schuman-Berufskolleg), nur unabwendbare Maßnahmen umgesetzt. Schulen, bei der eine Gesamtsanierung aus finanziellen Gründen zurückgestellt wurde, erhalten eine Brandschutzertüchtigung durch Einzelmaßnahmen, die den Personenschutz verbessern und der späteren Gesamtsanierung möglichst nicht entgegenstehen.

Darüber hinaus werden jetzt noch bestehende 2. Rettungswege in Gerüstbauweise durch endgültige Lösungen ersetzt. Dadurch können die Mietkosten für die Gerüsttürme eingespart und der städtische Haushalt dauerhaft entlastet werden.

In Abstimmung mit dem Stadtkämmerer am 10.08.2010 konnte eine Finanzierung des brandschutznahen Aufwandes erarbeitet werden. Es handelt sich bei diesen Aufwendungen um verkehrssichernde Sanierungsbestandteile, welche ab dem Haushaltsjahr 2011 im Ergebnisplan der Städtischen Immobilienwirtschaft als "brandschutztechnische Verkehrssicherung" veranschlagt sind. Auf Grund der bestehenden Verkehrssicherungspflicht stehen die Regelungen des § 82 GO NRW der Auftragsvergabe nicht entgegen.

Die laufenden Maßnahmen werden an folgenden Schulen fortgesetzt:

- Johann-Gutenberg-Realschule
- Wilhelm-Busch-Realschule
- Gilden-Grundschule (Projektabschluss)
- Theodor-Heuss-Realschule
- Gesamtschule Scharnhorst
- Gesamtschule Brüninghausen

Die folgenden Schulen sind in Planung:

- Grafen-Grundschule
- Hauptschule Kley
- Widey-Grundschule
- Holte-Grundschule (Restarbeiten)
- Gustav-Heinemann-Gesamtschule
- Brücherhof-Grundschule

Für die weiteren Objekte sollen nun unverzüglich die Planungen vorbereitet und in 2010 und 2011 durchgeführt werden. Die Planungen werden schrittweise beauftragt, d. h. zunächst bis zur Leistungsphase 3 der HOAI. Damit kann sichergestellt werden, dass für mögliche Investitionsentscheidungen, z. B. Immanuel-Kant-Gymnasium und Max-Born-Realschule durch die Brandschutzsanierung keine baulichen Maßnahmen kostenpflichtig umgesetzt werden, die bei einer Gesamtsanierung wieder geändert werden müssen. Die tatsächliche Umsetzung erfolgt in 2012. Der Rahmenterminplan und die daraus modellhaft abgeleitete Mittelabflussplanung können der Anlage entnommen werden.

## 5. Vernetzung von Schulgebäuden als Grundvoraussetzung für die Medienentwicklung in Schulen

Eines der zentralen Ziele des Bildungs- und Erziehungsauftrags der Schule besteht darin, Schülerinnen und Schüler zu befähigen, mit Medien verantwortungsbewusst und sicher umgehen zu können. Zu den gesetzlichen Pflichtaufgaben der Stadt Dortmund als Schulträger gehört es, die für einen ordnungsgemäßen Unterricht erforderlichen Schulanlagen, Gebäude, Einrichtungen und Lehrmittel bereitzustellen. Dabei muss sich die Sachausstattung der Schulen am allgemeinen Stand der Technik und der Informationstechnologie orientieren. Genau wie in allen Bereichen der modernen Arbeitswelt, ist der breite Einsatz von Medien in der Verwaltung der Schule und bei der Erfüllung pädagogischer Aufgaben unverzichtbar notwendig.

Die Medienentwicklungsplanung der Stadt Dortmund beruht auf den drei einander bedingenden Säulen

- > Medienkonzepte der Schulen
- > Medienausstattung und Infrastruktur
- > Wartung und Support.

Zu den elementaren technischen Grundvoraussetzungen der Infrastruktur gehört die Vernetzung aller Unterrichtsräume und aller Verwaltungsarbeitsplätze durch strukturierte Datenverkabelung und bedarfsangepasste, gefilterte Stromversorgung. Nur durch Gewährleistung dieser technischen Voraussetzungen ist es möglich, die in der Medienentwicklungsplanung beschriebenen Ziele für die pädagogische Arbeit, die schulinterne und externe Kommunikation und vor allem für die wirtschaftliche Organisation von Wartung und Support zu erreichen. Wirtschaftliche und effektive Strukturen für den „technischen Support“ können ohne eine strukturierte Datenverkabelung und leistungsfähige Stromanlagen nicht gewährleistet und weiterentwickelt werden.

Die Vernetzung von Unterrichtsgebäuden hat im Zuge von Neubau- und Sanierungsmaßnahmen in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Daher ist es wichtig, dass die Vernetzung bei den noch anstehenden Brandschutzmaßnahmen, die im Schwerpunkt in größeren Schulkomplexen notwendig sind, zu den elementaren Maßnahmebestandteilen gehört und obligatorisch mitgeplant und ausgeführt wird. Dies ist auch aus wirtschaftlichen Gründen unverzichtbar, da eine spätere Nachrüstung zu erheblich höheren Herstellungskosten führt (geschätzt 30 - 50 %). Im Entwurf des Teilfinanzplanes des Fachbereichs Schule für den Haushalt 2011 ist daher als flankierende Finanzierungsmaßnahme eine Investitionsfinanzstelle für Datenverkabelung in Schulgebäuden eingerichtet worden.

## 6. Finanzielle Abwicklung

Für die Brandschutzsanierungen stehen insgesamt Rückstellungen in Höhe von rd. 45 Mio. € (Stand 01.09.2010) zur Verfügung. Für die Maßnahmen der „brandschutztechnischen Verkehrssicherung“ im Rahmen der Sanierungen stehen in den Folgejahren folgende Beträge unter dem Sachkonto 522210, Auftrag 650139014095 beim StA 65 zur Verfügung:

2011	2012	2013	2014
2.615.000 €	8.285.000 €	2.760.000 €	1.898.200 €

Der Mittelabfluss ist in folgender Form geplant:

<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
1.349.000 €	2.705.000 €	4.770.000 €	4.275.000 €

Die restlichen Mittel werden ausnahmsweise jeweils im Rahmen des Jahresabschlusses übertragen.

Eine detaillierte Aufstellung zu den Einzelmaßnahmen wird im Rahmen der Ausführungsbeschlüsse dargestellt.

Im Teilfinanzplan des StA 40 wird als flankierende Finanzierungsmaßnahme für die Vernetzung von Schulgebäuden im Zuge von Brandschutzmaßnahmen die Investitionsfinanzstelle 40\_00301090004 (Datenverkabelung) mit folgendem Haushaltsansatz vorgesehen (Entwurf Haushaltsplan 2011):

<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
735.000 €	905.000 €	1.380.000 €	730.000 €

## **7. Zuständigkeit**

Die Zuständigkeit des Rates ergibt sich aus § 41 GO NRW.